

**Schriften zum Öffentlichen Recht**

---

**Band 1103**

**Verweisungen in  
deutschen Rechtsnormen**

**Von**

**Alfred G. Debus**



**Duncker & Humblot · Berlin**

ALFRED G. DEBUS

Verweisungen in deutschen Rechtsnormen

Schriften zum Öffentlichen Recht

Band 1103

# Verweisungen in deutschen Rechtsnormen

Von

Alfred G. Debus



Duncker & Humblot · Berlin

Der Fachbereich Rechtswissenschaft  
der Justus-Liebig-Universität Gießen  
hat diese Arbeit im Jahre 2007  
als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten  
© 2008 Duncker & Humblot GmbH, Berlin  
Fremddatenübernahme: Werksatz, Berlin  
Druck: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin  
Printed in Germany

ISSN 0582-0200  
ISBN 978-3-428-12614-9

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☺

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

*In Erinnerung  
meinen Eltern gewidmet*



## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2007 vom Fachbereich Rechtswissenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen als Dissertation angenommen. Möglichst umfassend habe ich für die Druckfassung der Arbeit die Literatur und Rechtsprechung bis Ende 2007 berücksichtigt, vereinzelt auch darüber hinaus.

Meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. *Klaus Lange*, gilt mein größter Dank. Seit meinen ersten verwaltungsrechtlichen Vorlesungen bei ihm hat er mich immer wieder gefördert und äußerst geduldig hat er auch meine Dissertation betreut. Besonderen Dank schulde ich auch Herrn Prof. Dr. *Martin Eifert*, LL.M. für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens und seine fördernden Hinweise. Außerdem möchte ich noch Herrn Dr. *Florian R. Simon*, LL.M. für die Aufnahme in die Schriftenreihe zum Öffentlichen Recht danken.

Leider konnten mein Vater die Einreichung meiner Dissertation und meine Mutter die Drucklegung nicht mehr miterleben. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet. Mein herzlichster Dank gilt meiner Familie und meinen Freunden, Bekannten sowie Kollegen, die mich in sehr unterschiedlicher Weise unterstützt haben. Stellvertretend sei hier nur die Wissenschaftliche Mitarbeiterin *Anja Hentschel* genannt, die einen Entwurf kritisch durchgesehen hat.

Speyer/Biedenkopf, im März 2008

*Alfred G. Debus*





# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b> .....	29
A. Die Verweisung als Mittel der Gesetzgebungstechnik .....	29
B. Eingrenzung der Themenstellung .....	30
C. Überblick über Problemstand und Gang der Untersuchung .....	31

## *1. Teil*

### **Grundlagen** 35

A. Begriff der Verweisung .....	35
I. Deklaratorische Verweisung .....	39
II. Konstitutive Verweisung .....	40
1. Verweisungsvorgang .....	40
2. Verweisungsobjekt .....	43
B. Verweisungstypen .....	49
I. Unterscheidung nach der Formulierung .....	49
1. Ausdrückliche und stillschweigende Verweisungen .....	49
2. Enumerative, Pauschal- und Kettenverweisungen .....	50
3. Regenschirmklauseln, insbes. Verweisungsverjüngungsklauseln .....	51
4. Rechtsgrund- und Rechtsfolgenverweisungen .....	52
5. Fiktion .....	53
6. Legaldefinition .....	55
7. Verweisungsanalogie .....	55
II. Unterscheidung nach der Relation von Verweisungsnorm zu Objekt .....	57
III. Unterscheidung nach dem Verhältnis der Normgeber .....	58
IV. Statische und dynamische Verweisungen .....	59
1. Statische Verweisungen .....	59
2. Dynamische Verweisungen .....	61
3. Verdeckt-dynamische Verweisungen .....	62
4. Abgrenzung der statischen von der dynamischen Verweisung .....	63
a) Wortsinn typischer Verweisungsformeln .....	63
aa) Hinweise auf statischen Charakter .....	63
bb) Hinweise auf dynamischen Charakter .....	65

cc) Ohne Hinweise im Wortlaut .....	65
b) Systematische Auslegung .....	67
c) Historische/genetische Auslegung .....	69
d) Auslegung nach dem Zweck .....	70
5. Maßgebliche Fassung bei der statischen Verweisung .....	71
6. Verhältnis der dynamischen zur statischen Verweisung .....	72
7. Einschränkende Auslegung der Dynamik .....	73
a) Beispiele aus dem Arbeitsrecht .....	73
b) Übertragung auf staatliche Normen .....	74
c) Verweisung „in der jeweils geltenden Fassung“ .....	76
V. Blankettstrafgesetze (mit Rückverweisklauseln) .....	77
VI. Normkonkretisierende und normergänzende Verweisungen .....	78
1. Peter Marburger .....	79
2. Volker Krey .....	80
3. Rupert Scholz .....	81
4. Stellungnahme .....	81
C. Rechtswirkungen der Verweisung .....	82
I. Verweisungsobjekt und Verweisungsnorm .....	82
1. Statische Verweisung .....	83
2. Dynamische Verweisung .....	85
II. Rang und Rechtscharakter der Verweisungsregelung .....	90
D. Abgrenzung von anderen Rechtsinstituten .....	94
I. Unbestimmte Rechtsbegriffe .....	94
II. Ermächtigung .....	96
III. Rechtssetzungsvorbehalte und Kollisionsnormen .....	96
E. Gründe für und gegen die Verweisungstechnik .....	98
I. Unmöglichkeit der Gesamtwiedergabe als Text .....	98
II. Gesetzesökonomie .....	99
III. Systembildung .....	99
IV. Entlastung und Entmachtung des Gesetzgebers .....	100
V. Kooperation bei Verweisung auf Regeln Privater .....	100
VI. Flexibilität, Präzision und dynamischer Grundrechtsschutz .....	101
VII. Erhöhung oder Verminderung der Rechtsklarheit .....	102
VIII. Fehleranfälligkeit .....	104
IX. Bewertung der Vor- und Nachteile .....	105

## 2. Teil

<b>Grenzen der Verweisung in deutschen Rechtsnormen</b>	106
A. Einleitung und Überblick	106
B. Spezielle Grenzen der Verweisung	108
I. Verweisungen im Grundgesetz	108
II. Verweisungen in Gesetzen	109
III. Verweisungen in Rechtsverordnungen	109
IV. Verweisungen in kommunalen Satzungen	111
C. Grenze der Rechtssicherheit	112
I. Publikationsanforderungen an das Verweisungsobjekt	112
1. Die Bedeutung der Verkündung	112
2. Verweisungen in förmlichen Gesetzen	113
a) Formale Anwendung des Art. 82 Abs. 1 GG	113
b) Pragmatischer Umgang der Rechtsprechung	116
c) Übernahme der Ansicht des BVerwG in der Literatur	117
d) Anwendbarkeit von Art. 82 Abs. 1 GG	119
e) Rechtsstaatliche Anforderungen an die Bekanntmachung	120
aa) Publikation in der Staatssprache	121
bb) Amtliche Publikationsorgane	123
cc) Private Publikationsorgane	124
dd) Erfordernis einer Fundstellenangabe	127
3. Verweisungen in Rechtsverordnungen	128
4. Verweisungen in Satzungen	128
II. Verfahrensvorschriften	128
1. Problemstellung	128
2. Vergleich des Problems mit dem der Publikation	130
3. Dem Schutz Verfahrensbeteiligter dienende Verfahrensvorschriften	131
4. Verfahrensvorschriften bei Gesetzes-/Parlamentsvorbehalten	132
III. Bestimmtheit und Rechtsklarheit	133
1. Begründungsansätze des Bestimmtheitserfordernisses	133
2. Verhältnis der Bestimmtheit zur Rechtsklarheit	135
3. Anforderungen an Rechtsnormen	137
a) Hinreichende Bestimmtheit	137
b) Hinreichende Rechtsklarheit	140
4. Überprüfung von Verweisungen	141
a) Bestimmtheit/Klarheit der Verweisungsnorm	142
aa) Erforderlichkeit einer Fundstellenangabe	143
bb) Aufgefächerte Verweisungsobjekte	143

cc)	Dynamische Verweisung	144
(1)	Extrempositionen	144
(2)	Vermittelnde Ansichten	145
(3)	Diskussion der Argumente	147
dd)	Sonstige problematische Verweisungsformeln	149
b)	Bestimmtheit/Klarheit des Verweisungsobjektes	151
c)	Bestimmtheit/Klarheit der Verknüpfung	151
d)	Nicht-lineare Effekte der Verweisung	153
IV.	Zitiergebot (Art. 19 Abs. 1 Satz 2 GG)	156
D.	Vergleich mit Ermächtigungen	157
I.	Heteronome Verweisung als unzulässige Ermächtigung	157
II.	Überprüfung am Maßstab der Ermächtigung	159
1.	Verweisungen im Gesetz auf Normen der Exekutive	160
2.	Verweisungen auf Regeln Privater	162
3.	Verweisungen in Rechtsverordnungen	164
4.	Ermächtigung nach Art. 71 GG	164
5.	Übertragung von Hoheitsrechten gem. Art. 23 f. GG	165
III.	Stellungnahme	165
E.	Bundesstaatsprinzip und Kompetenzordnung	168
I.	Ausformung im Grundgesetz	168
1.	Vielfalt	168
2.	Einheit	168
3.	Kooperation	169
II.	Überprüfung von autonomen Verweisungen	170
III.	Überprüfung von heteronomen Verweisungen	170
1.	Verweisungen im Bundesrecht auf Landesrecht	172
a)	Unzulässigkeit der dynamisch-heteronomen Verweisung	172
b)	Überprüfung an den Art. 70 ff. GG	173
c)	Rechtsprechung	174
d)	Abwägung im Einzelfall	179
e)	Stellungnahme	179
2.	Verweisungen von Landes- auf Bundesrecht	182
a)	Unzulässigkeit der dynamisch-heteronomen Verweisung	182
b)	Überprüfung an den Art. 70 ff. GG	183
c)	Rechtsprechung	184
d)	Stellungnahme	186
3.	Verweisungen auf Recht eines anderen Bundeslandes	187
4.	Verweisungen auf Regelungen Privater	188
5.	Verweisungen auf EG- oder EU-Recht	188

F. Gewaltenteilung .....	189
I.  Historie und Ausformung im Grundgesetz .....	189
II. Überprüfung von statischen Verweisungen .....	190
III. Überprüfung von dynamisch-autonomen Verweisungen .....	190
IV. Überprüfung von dynamisch-heteronomen Verweisungen .....	191
1. Unzulässigkeit .....	191
2. Grundsätzliche Zulässigkeit .....	191
3. Verweisungen in Gesetzen auf Gesetze .....	192
4. Verweisungen in Gesetzen auf Normen der Exekutive .....	193
5. Verweisungen in Normen der Exekutive auf Gesetze .....	194
6. Verweisungen auf private Normen .....	195
7. Verweisungen auf EG-Recht .....	195
8. Stellungnahme .....	196
G. Demokratieprinzip .....	198
I.  Ausformung im Grundgesetz .....	198
II. Überprüfung von statischen Verweisungen .....	198
III. Überprüfung von dynamisch-autonomen Verweisungen .....	201
IV. Überprüfung von dynamisch-heteronomen Verweisungen .....	203
1. Demokratiemaximierende Auffassung .....	203
2. Prinzipielle Zulässigkeit der dynamischen Verweisung .....	204
3. Normkonkretisierende und normergänzende Verweisungen .....	204
4. Rechtsprechung .....	205
a) Verweisungen im Bundesrecht auf Landesrecht .....	205
b) Verweisungen im Landesrecht auf Bundesrecht .....	208
c) Verweisungen in Gesetzen auf Regelungen der Exekutive .....	211
d) Verweisungen in Gesetzen auf Regelungen Privater .....	212
e) Verweisungen auf EG-Recht .....	214
f) Sonstige Konstellationen .....	216
5. Rechtsrealistische Vermittlungsansichten .....	219
a) Äußerungen in enger Anlehnung an das BVerfG .....	219
b) Winfried Brugger .....	221
c) Überprüfung der Änderung des Verweisungsobjektes .....	221
d) Realisierung des Willens des Verweisungsnormgebers .....	223
e) Verweisungen auf EG-Recht .....	225
6. Stellungnahme .....	227
a) Demokratiemaximierende Auffassung .....	227
b) Prinzipielle Zulässigkeit .....	228
aa) Historische und pragmatische Argumente .....	228
bb) Vergleich mit unbestimmten Rechtsbegriffen .....	229

cc)	Vergleich mit anerkannt zulässigen Verweisungen/IPR	230
c)	Normkonkretisierende und normergänzende Verweisungen	231
d)	Eigene Ansicht	232
aa)	Orientierung am ursprünglichen Verweisungsobjekt	232
bb)	Zusammenspiel zweier Rechtssetzungsbefugter	234
(1)	Verweisung im Gesetz auf Normen der Exekutive	234
(2)	Verweisung im Bund-Länder-Verhältnis	235
(3)	Verweisung auf EG-Recht	236
H.	Gesetzes- und Parlamentsvorbehalt	237
I.	Allgemeiner Vorbehalt des Gesetzes und Spezialfälle	237
II.	Historie des Gesetzesvorbehalts	238
III.	Wesentlichkeitstheorie	239
IV.	Verhältnis zwischen Gesetzes- und Parlamentsvorbehalt	241
1.	Identität	241
2.	Stufenverhältnis	242
3.	Stellungnahme	242
V.	Art. 80 GG und Verweisungen in Ermächtigungen zur Durchführung von EG-Recht	243
1.	Bestimmtheitsmaßstab	245
a)	Keine Besonderheiten	246
b)	Gesteigerte Anforderungen	249
c)	Verringerung der Anforderungen	250
d)	Überprüfung des Umsetzungsspielraumes	251
2.	Stellungnahme	253
a)	Zweckmäßigkeit/effet utile	254
b)	„Vorherige Bestimmtheit“	254
c)	Detaillierungsgrad	255
d)	Vorrang des Gemeinschaftsrechts	257
e)	Zweck des Art. 80 GG	257
3.	Überprüfung einiger Durchführungsermächtigungen	260
VI.	Besondere Gesetzesvorbehalte bei Straf- und Bußgeldnormen	262
1.	Der Gesetzesvorbehalt des Art. 103 Abs. 2 GG	263
a)	„Strafbarkeit“ im Sinne des Art. 103 Abs. 2 GG	264
b)	„Gesetz“ im Sinne des Art. 103 Abs. 2 GG	264
c)	Anforderungen an Verweisungen	265
2.	Der Gesetzesvorbehalt des Art. 104 Abs. 1 GG	268
a)	Restriktive Ansicht	269
b)	Extensive Ansicht	269
c)	Stellungnahme	270

3. Einzelfälle .....	271
a) Rückverweisungsklauseln .....	271
b) Pönalisierung unwirksamer Verweisungsobjekte .....	272
c) Fehlerhafte Verweisungen .....	273
VII. Überprüfung am allgemeinen Gesetzesvorbehalt .....	273
1. Statische Verweisungen .....	273
2. Dynamisch-autonome Verweisungen .....	274
3. Dynamisch-heteronome Verweisungen .....	275
a) Unzulässigkeit .....	275
b) Eng begrenzter Spielraum .....	276
c) Rechtsprechung .....	276
d) Abwägungslehre .....	279
e) Stellungnahme .....	279
VIII. Überprüfung am Parlamentsvorbehalt .....	283
1. Statische Verweisungen .....	283
2. Dynamisch-autonome Verweisungen .....	284
3. Dynamisch-heteronome Verweisungen .....	284
I. Grenzen des EG-Rechts .....	284
I. Bezug zu EG-Verordnungen .....	285
II. Bezug zu EG-Richtlinien .....	285
1. Publizitätsgebot .....	287
2. Erkennbarkeit trotz Wahlmöglichkeiten .....	288

*3. Teil*

<b>Folgen mangelhafter Bezugnahme</b> .....	<b>290</b>
A. Grenzen der verfassungskonformen Auslegung .....	290
I. Wortlaut .....	291
II. Wille des Gesetzgebers .....	291
III. Wortlaut und Wille des Gesetzgebers .....	292
IV. Wortlaut und/oder Zweck/Sinn .....	292
V. Stellungnahme .....	292
B. (Teil-)Nichtigkeit .....	293
C. Abgrenzung der verfassungskonformen Auslegung von der Teilnichtigkeit ...	295
D. Besonderheiten bei Bezug zum EG-Recht .....	297
I. Anwendungsvorrang .....	297
II. Gemeinschaftsrechtskonforme Auslegung .....	298



E.	Anwendung auf bezugnehmende Normen	298
I.	Interpretation als anderes Rechtsinstitut	299
II.	Mängel ohne Bezug zur Dynamik der Verweisung	299
1.	Verstoß gegen spezielle Grenzen der Verweisung	299
2.	Mangelhafte Publikation	300
3.	Mängel bezüglich der Verfahrensvorschriften	302
4.	Mängel bezüglich der Bestimmtheit oder Rechtsklarheit	304
5.	Verstoß gegen das Zitiergebot	304
6.	Bundesstaatswidrige Verweisungen	304
7.	Verstoß gegen Art. 80 Abs. 1 Satz 2 GG	305
8.	Beeinträchtigung der Wirkung einer EG-Verordnung	305
9.	Mangelhafte Umsetzung einer EG-Richtlinie	306
III.	Mängel mit Bezug zur Dynamik der Verweisung	306
1.	Auslegung als statische Verweisung	306
a)	Verweisung auf „die jeweilige Fassung“	307
b)	Verweisung ohne Angabe der Fassung	308
c)	Verdeckt-dynamische Verweisungen	309
2.	Nichtübernahme einer Änderung	309
3.	Vorläufige Unanwendbarkeit	310
4.	Teilnichtigkeit	311
5.	Vollnichtigkeit	312
a)	Kein Verweisungsobjekt bei Beschlussfassung	312
b)	Sinnlosigkeit einer statischen Verweisung	313
	<b>Zusammenfassung in Thesen</b>	<b>315</b>
	<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>330</b>
	<b>Sachwortregister</b>	<b>375</b>

## Abkürzungsverzeichnis

A. A.	anderer Ansicht
a. F.	alte Fassung
a. M.	am Main
ABl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
ABl. EU	Amtsblatt der Europäischen Union (ab 1. 2. 2003)
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis (Zeitschrift)
A-Drucks.	Ausschuss-Drucksache
AGB-Gesetz	G. zur Regelung d. Rechtes der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB-Gesetz), idF. d. Bek. v. 29. 6. 2000 (BGBl. I S. 946), aufgehoben durch Art. 6 Nr. 4 G. v. 26. 11. 2001 (BGBl. I S. 3138)
AK-GG	Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (Reihe Alternativkommentare), hrsg. v. Denninger, Erhard/Hoffmann-Riem, Wolfgang/Schneider, Hans-Peter/Stein, Ekkehart, Loseblatt, 3. Aufl., Neuwied, Kriftel, 2001, Stand d. Gesamtwerks: 3. Aktualisierungslieferung August 2002
Anm.	Anmerkung(en)
AO	Abgabenordnung idF. d. Art. 3 G. v. 21. 12. 2008 (BGBl. I S. 3198)
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts (Zeitschrift)
AP	Arbeitsrechtliche Praxis; Nachschlagewerk des Bundesarbeitsgerichts (Hueck – Nipperdey – Dietz), Loseblatt, München
AR-Blattei SD	Arbeitsrecht-Blattei, Systematische Darstellung, hrsg. v. Dietrich, Thomas/Neff, Klaus/Schwab, Bernt, Heidelberg, Loseblatt, Stand d. Gesamtwerks: 125. Erg.-Lfg. März 2004
ArbuR	Arbeit und Recht (Zeitschrift)
Art.	Artikel
AuA	Arbeit und Arbeitsrecht (Zeitschrift)
Aufl.	Auflage
AWD	Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters (später RIW; Zeitschrift)
AW-Prax	Außenwirtschaftliche Praxis. Zeitschrift für Außenwirtschaft in Recht und Praxis
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BAnz.	Bundesanzeiger (Zeitschrift)
BauGB	Baugesetzbuch idF. d. Art. 1 G. v. 21. 12. 2006 (BGBl. I S. 3316)
BauR	Baurecht (Zeitschrift)

BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayObLGSt	Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Strafsachen
BayObLGZ	Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Zivilsachen
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
BayVerfGHE	Sammlung von Entscheidungen des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs mit Entscheidungen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs
BayVGH	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
BB	Der Betriebs-Berater (Zeitschrift)
BBauBl.	Bundesbaublatt (Zeitschrift)
Bearb.	Bearbeiter(in)/bearbeitet/Bearbeitung
Begr.	Begründer(in)/begründet/Begründung
Bek.	Bekanntmachung
ber.	berichtigt
Beschl.	Beschluss/Beschlüsse
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz idF. d. Art. 221 Verordnung v. 31. 10. 2006 (BGBl. I S. 2407)
BFH	Bundesfinanzhof
BFHE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BG	Die Berufsgenossenschaft (Zeitschrift)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch, idF. d. Art. 1 G. v. 21. 12. 2007 (BGBl. I S. 3189)
BGBI. I	Bundesgesetzblatt, Teil I
BGBI. II	Bundesgesetzblatt, Teil II
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen, hrsg. v. Mitgliedern des Bundesgerichtshofes und der Bundesanwaltschaft
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen, hrsg. v. Mitgliedern des Bundesgerichtshofes und der Bundesanwaltschaft
BImSchG	G. zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz – BImSchG) idF. d. Art. 1 G. v. 23. 10. 2007 (BGBl. I S. 2470)
Bl.	Blatt (Blätter)
BMI	Bundesministerium des Innern
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BNatSchG	G. über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) idF. d. Art. 1 G. v. 12. 12. 2007 (BGBl. I S. 2873, ber. BGBI. I 2008, S. 47)
BRS	Baurechtssammlung

BSG	Bundessozialgericht
BSGE	Entscheidungen des Bundessozialgerichts
Bsp.	Beispiel(e)
bspw.	beispielsweise
BT-Drucks.	Drucksachen des Deutschen Bundestages
Buchst.	Buchstabe(n)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht(s)
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, hrsg. v. den Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht(s)
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts, hrsg. v. den Mitgliedern des Gerichts
BW	Baden-Württemberg
BY	Bayern/Bayerische
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ChemG	G. zum Schutz vor gefährlichen Stoffen (Chemikaliengesetz – ChemG), idF. d. Art. 3 § 2 G. v. 13. 12. 2007 (BGBl. I S. 2930)
CMR	Convention relative au Contrat de transport international de marchandises par route (Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr), amtliche deutsche Übersetzung (BGBl. II 1961, S. 1119)
d.	das/der/des/die
d. h.	das heißt
dass.	dasselbe
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
dems.	demselben
dens.	denselben
ders.	derselbe
DGVZ	Deutsche Gerichtsvollzieher-Zeitung
dies.	dieselbe(n)
DIN	Deutsches Institut für Normung e. V./Deutsche Industrie Norm
DIN-Mitt.	Mitteilungen des DIN (Zeitschrift)
DIN-Normungskunde 14	Normungskunde Heft 14: Technische Normung und Recht, hrsg. v. DIN, Berlin, Köln, 1979
DIN-Normungskunde 17	Normungskunde Band 17: Verweisung auf technische Normen in Rechtsvorschriften, hrsg. v. DIN, Berlin, Köln, 1982
Diss.	Dissertation
DJZ	Deutsche Juristen-Zeitung
DOK	Die Ortskrankenkasse (Zeitschrift)
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschrift)
EG	Europäische Gemeinschaft(en)
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch idF. d. Art. 3 Abs. 6 G. v. 21. 12. 2007 (BGBl. I S. 3189)

EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft idF. d. Vertrags von Amsterdam v. 2. 10. 1997 (BGBl. II 1998, S. 386, ber. BGBl. II 1999, S. 416) zuletzt geändert durch EU-Beitrittsakte 2003 v. 16. 4. 2003 (ABl. EU Nr. L 236, S. 33)
EHP	Euroheat & Power (Zeitschrift)
Einl.	Einleitung
Erg.-Lfg.	Ergänzungslieferung
ESVGH	Entscheidungssammlung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs und des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg
EU DUR 1	Handbuch zum europäischen und deutschen Umweltrecht, hrsg. v. Rengeling, Hans-Werner, Band 1. Allgemeines Umweltrecht, 2. Aufl., Köln, Berlin, Bonn, München, 2003
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuGH, Slg. I	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften. Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes und des Gerichts erster Instanz. Teil I: Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EUV	Vertrag über die Europäische Union i. d. konsolidierten F. v. 24. 12. 2002 (ABl. EG Nr. C 325/5)
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
e. V.	eingetragener Verein
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
EWR	Schriftenreihe zum europäischen Weinrecht
f.	folgende(r) (Seite, Paragraph oder Ähnliches)
ff.	folgende(n) (Seiten, Paragraphen oder Ähnliche)
FGO	Finanzgerichtsordnung idF.d. Art. 14 G. v. 12. 12. 2007 (BGBl. I S. 2840)
FIHG	Fleischhygienegesetz idF.d. Art. 1 G. 13. 5. 2004 (BGBl. I S. 934), aufgehoben durch Art. 7 Nr. 7 G. v. 1. 9. 2005 (BGBl. I S. 2618)
FR	Finanz-Rundschau für Einkommensteuer und Körperschaftsteuer (Zeitschrift)
FS	Festschrift
G.	Gesetz
GABl.	Gemeinsames Amtsblatt des Innenministeriums, des Finanzministeriums, des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Technologien, des Ministeriums für Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit, hrsg. v. Innenministerium Baden-Württemberg
GE	Das Grundeigentum (Zeitschrift)
GemHH	Der Gemeindehaushalt (Zeitschrift)
GenTG	G. zur Regelung der Gentechnik (Gentechnikgesetz – GenTG) idF.d. Art. 3 Abschn. 1 § 1 G. v. 13. 12. 2007 (BGBl. I S. 2930)

GesR	GesundheitsRecht, Zeitschrift für Arztrecht, Krankenhausrecht, Apotheken- und Arzneimittelrecht
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland v. 23. 5. 1949 (BGBl. S. 1), idF. d. Art. 1 G. v. 28. 8. 2006 (BGBl. I S. 2034)
GG 1949	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland v. 23. 5. 1949 (BGBl. S. 1)
GG 1994	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland v. 23. 5. 1949 (BGBl. S. 1), idF. d. Art. I, Nr. 5 G. v. 27. 10. 1994 (BGBl. I S. 3146)
ggf.	gegebenenfalls
GGO II	Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien, Besonderer Teil, idF. d. Bek. v. 25. 3. 1996 (GMBL. S. 449), aufgehoben durch Beschl. d. Bundeskabinetts v. 26. 7. 2000 (Bek. v. 9. 8. 2000, GMBL. S. 526)
GGO II 1924	Gemeinsame Geschäftsordnung der Reichsministerien, Besonderer Teil, hrsg. v. Reichsministerium des Innern, Berlin, 1924
GGO NW 1962	Gemeinsame Geschäftsordnung für die Ministerien des Landes Nordrhein-Westfalen (GGO) – Vereinfachung und Neuordnung – Bericht der Kommission der Landesregierung Nordrhein-Westfalen für Verwaltungsvereinfachung, Düsseldorf, 1962
GK-BImSchG	Gemeinschaftskommentar zum Bundes-Immissionsschutzgesetz hrsg. v. Koch, Hans-Joachim/Scheuing, Dieter H., Düsseldorf, Loseblatt, Stand des Gesamtwerks: Aktualisierungslieferung Nr. 24 Dezember 2007
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau (Zeitschrift)
GMBL.	Gemeinsames Ministerialblatt hrsg. v. BMI
GmSOGB	Gemeinsamer Senat der Obersten Gerichtshöfe des Bundes
GO BY	Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern idF. d. § 5 G. v. 20. 12. 2007 (GVBl. S. 958)
GO NW	Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) idF. d. Art. I d. G. v. 9. 10. 2007 (GVBl. NW S. 380)
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschrift)
GS	Gedächtnisschrift
GVBl.	Gesetz- und Ordnungsblatt
GWF	Das Gas- und Wasserfach (Zeitschrift). Fachblatt für Gastech- nik und Gaswirtschaft sowie für Wasser und Abwasser
h. M.	herrschende Meinung
Habil.	Habilitationsschrift
HBO	Hessische Bauordnung (HBO) idF. d. Art. 12 G. v. 6. 9. 2007 (GVBl. I S. 548)
HdUR	Handwörterbuch des Umweltrechts
HE	Hessen/Hessische(s)

HENatG	Hessisches Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Hessisches Naturschutzgesetz – HENatG) idF. d. Art. 4 G. v. 12. 12. 2007 (GVBl. I S. 851)
HessStGH	Hessischer Staatsgerichtshof
HessVGRspr.	Rechtsprechung der Hessischen Verwaltungsgerichte (= Beilage zum Staats-Anzeiger für das Land HE)
HGB	Handelsgesetzbuch idF. d. Art. 19a G. v. 21. 12. 2007 (BGBl. I S. 3089)
HGO	Hessische Gemeindeordnung idF. d. Art. 2 G. v. 15. 11. 2007 (GVBl. I S. 757)
HOAI	Verordnung über die Honorare für Leistungen der Architekten und der Ingenieure. Honorarordnung für Architekten und Ingenieure idF. d. Art. 5 G. v. 10. 11. 2001 (BGBl. I S. 2992)
Hrsg.	Herausgeber
hrsg. v.	herausgegeben von
HSGZ	Hessische Städte- und Gemeinde-Zeitung
HSOG	Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG) idF. d. G. v. 28. 9. 2007 (GVBl. I S. 634)
HStR II	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. v. Isensee, Josef/Kirchhof, Paul, Band II, Verfassungsstaat, 3. Auflage, Heidelberg, 2004
HStR III	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. v. Isensee, Josef/Kirchhof, Paul, Band III, 2. Aufl. Heidelberg, 1996
HStR VII	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. v. Isensee, Josef/Kirchhof, Paul, Band VII, Heidelberg, 1992
i. Br.	im Breisgau
i. V. m.	in Verbindung mit
i. w. S.	im weiteren Sinne
IBR	Immobilien- und Baurecht (Zeitschrift)
idF.	in der Fassung
insbes.	insbesondere
IPR	Internationales Privatrecht
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)
JahrbEntschKG	Jahrbuch für Entscheidungen des Kammergerichts in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, in Kosten-, Stempel- und Strafsachen
JBl.	Juristische Blätter (Zeitschrift)
JbUTR	Jahrbuch des Umwelt- und Technikrechts
Jg.	Jahrgang
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart n.F. (Zeitschrift)
JR	Juristische Rundschau (Zeitschrift)
Jura	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JurBüro	Das juristische Büro (Zeitschrift)

juris	Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung
KAG HE	Hessisches Gesetz über kommunale Abgaben idF. d. Art. 7b G. v. 31. 1. 2005 (GVBl. I S. 54)
KAG NW	Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) idF. d. Art. II G. v. 11. 12. 2007 (GVBl. 2008, S. 8)
KG	Kammergericht
KirchE	Entscheidungen in Kirchensachen seit 1946
KJ	Kritische Justiz (Zeitschrift)
KrW-/AbfG	Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen (Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz – KrW-/AbfG) idF. d. Art. 2 G. v. 19. 7. 2007 (BGBl. I S. 1462)
KStZ	Kommunale Steuer-Zeitschrift. Zeitschrift für das gesamte Gemeindeabgabewesen
KWKG 2002	Gesetz für die Erhaltung, die Modernisierung und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz) idF. d. Art. 170 Verordnung v. 31. 10. 2006 (BGBl. I S. 2407)
LeGes	Gesetzgebung heute – Législation d’aujourd’hui – Legislazione d’oggi – Legislazium dad oz (Zeitschrift)
Lfg.	Lieferung
LK-StGB	Jähneke, Burkhard/Laufhütte, Heinrich Wilhelm/Odersky, Walter (Hrsg.): Strafgesetzbuch, Leipziger Kommentar, Erster Band (Einleitung; §§ 1 bis 32), 11. Aufl., Berlin, 2003
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung (Zeitschrift)
LRE	Sammlung lebensmittelrechtlicher Entscheidungen
Ls.	Leitsatz
LT-Drucks.	Landtagsdrucksache
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
Markenartikel	Markenartikel. Zeitschrift der Markenartikelindustrie
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht (Zeitschrift)
MitbestG	G. über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer (Mitbestimmungsgesetz – MitbestG) idF. d. Art. 18 G. v. 14. 8. 2006 (BGBl. I S. 1911)
MMR	MultiMedia und Recht (Zeitschrift)
MOG	Gesetz zur Durchführung der gemeinsamen Marktorganisationen und der Direktzahlungen idF. d. Art. 11 G. v. 13. 12. 2007 (BGBl. I S. 2897)
MünchKommStGB	Joecks, Wolfgang/Miebach, Klaus (Hrsg.): Münchner Kommentar zum Strafgesetzbuch, Band 1, §§ 1–51 StGB, München 2003
m. W. v.	mit Wirkung vom
n. F.	neue Fassung/neue Folge



NdsVBl.	Niedersächsische Verwaltungsblätter. Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
Nr.	Nummer(n)
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NuR	Natur und Recht. Zeitschrift für das gesamte Recht zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der Umwelt
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht, Rechtsprechungs-Report
NW	Nordrhein-Westfalen
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZA-RR	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht, Rechtsprechungs-Report
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung
OVG	Oberverwaltungsgericht
OVGE MüLü	Entscheidungen der Oberverwaltungsgerichte Münster und Lüneburg
ÖZW	Österreichische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
RabelsZ	Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht begr. v. Rabel
RdA	Recht der Arbeit (Zeitschrift)
RdL	Recht der Landwirtschaft. Zeitschrift für Landwirtschaftsrecht
RedaktionelleRL HE	Redaktionelle Richtlinie für die Gestaltung von Rechtsvorschriften, Anlage 3 zu §§ 57 und 66 Gemeinsame Geschäftsordnung der Ministerien des Landes Hessen (Staatsanzeiger für das Land Hessen 1998, S. 2508–2513)
RGBl.	Reichsgesetzblatt (1871–1921; dann aufgeteilt in Teil I und II)
RGSt	Entscheidungen d. Reichsgerichts in Strafsachen
RGZ	Entscheidungen d. Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft (Zeitschrift)
Rn.	Randnummer(n)
RP	Rheinland-Pfalz
RTkom	Zeitschrift für das Recht der Telekommunikation und das Recht der elektronischen Medien
RzU	Rechtsprechung zum Urheberrecht, hrsg. v. Schulze, Erich/Schulze, Marcel, Loseblatt, München, Stand d. Gesamtwerks: 51. Erg.-Lfg. April 2006
RzW	Rechtsprechung zum Wiedergutmachungsrecht (Zeitschrift)
S.	Seite(n)
SächsVBl.	Sächsische Verwaltungsblätter. Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung.
SAE	Sammlung arbeitsgerichtlicher Entscheidungen
SGb	Die Sozialgerichtsbarkeit (Zeitschrift)
SJZ	Schweizer Juristen-Zeitung

SN	Sachsen/Sächsisch(es)
sog.	so genannt(en)
SozR	Sozialrecht. Bearb. v. d. Richtern d. BSG
Sp.	Spalte(n)
SpuRt	Sport und Recht (Zeitschrift)
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
StGB	Strafgesetzbuch (StGB) idF. d. Art. 4 G. v. 21. 12. 2007 (BGBl. I S. 3198)
StraFo	Strafverteidiger Forum (Zeitschrift)
StVO	Straßenverkehrs-Ordnung idF. d. Verordnung v. 28. 11. 2007 (BGBl. I S. 2774)
StVZO	Verordnung über die Zulassung von Personen und Fahrzeugen zum Straßenverkehr (Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung – StVZO) idF. d. Art. 2 Verordnung v. 22. 1. 2008 (BGBl. I S. 54)
TAB	Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag
TH	Thüringen
ThürVBl.	Thüringer Verwaltungsblätter
TVG	Tarifvertragsgesetz idF. d. Art. 223 Verordnung v. 31. 10. 2006 (BGBl. I S. 2407)
Tz.	Textziffer(n)
UGB-AT-ProfE	Kloepfer, Michael/Rehbinder, Eckard/Schmidt-Aßmann, Eberhard/Kunig, Philip: Umweltgesetzbuch, Allgemeiner Teil, Forschungsbericht, Berlin, 1990
UGB-KomE	Umweltgesetzbuch, Entwurf einer unabhängigen Sachverständigenkommission zum Umweltgesetzbuch, hrsg. v. BMU, Berlin, 1998
Univ.	Universität
UPR	Umwelt- und Planungsrecht (Zeitschrift)
UrhG	G. über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) idF. d. Art. 12 Abs. 4 G. v. 13. 12. 2007 (BGBl. I S. 2897)
Urt.	Urteil(e)
usw.	und so weiter
UTR	Schriftenreihe des Instituts für Umwelt- und Technikrecht der Universität Trier
v.	von/vom
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg
VDE	Verband Deutscher Elektrotechniker e. V.
Verf. BY	Verfassung des Freistaates Bayern idF. d. G. v. 10. 11. 2003 (GVBl. S. 817)
Verf. HE	Verfassung des Landes Hessen idF. d. G. v. 18. 10. 2002 (GVBl. I S. 629)
Verf. MV	Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern idF. G. v. 3. 12. 2007 (GVBl. S. 371)
VerfGH	Verfassungsgerichtshof

VersR	Versicherungsrecht (Zeitschrift)
Verw.	Die Verwaltung (Zeitschrift)
VerwArch.	Verwaltungsarchiv (Zeitschrift)
VerwRspr.	Verwaltungsrechtsprechung in Deutschland
VfGH	Verfassungsgerichtshof Wien
VfSlg.	Erkenntnisse und Beschlüsse des Verfassungsgerichtshofes Wien
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VorschriftenRL BW 1997	Richtlinien der Landesregierung (Baden-Württemberg) zum Erlass von Vorschriften (Vorschriftenrichtlinie) v. 12. 5. 1997 (GABl. S. 365)
VRS	Verkehrsrechts-Sammlung
VSSR	Vierteljahresschrift für Sozialrecht (Zeitschrift)
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO), idF. d. Art. 13 G. v. 12. 12. 2007 (BGBl. I S. 2840)
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) idF. d. Art. 4 Abs. 8 G. v. 5. 5. 2004 (BGBl. I S. 718)
VwVfG RP	Landesverwaltungsverfahrensgesetz Rheinland-Pfalz idF. d. Art. 1 G. v. 21. 7. 2003 (GVBl. S. 155)
WBl.	Wirtschaftsrechtliche Blätter (Zeitschrift)
WHG	G. zur Ordnung d. Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) idF. d. Art. 2 G. v. 10. 5. 2007 (BGBl. I S. 666)
wistra	Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht
WiVerw.	Wirtschaft und Verwaltung (Beilage zum Gewerearchiv; Zeitschrift)
WRV	Die Verfassung des Deutschen Reichs v. 11. 8. 1919 (RGBl. S. 1383) (sog. „Weimarer Reichsverfassung“)
z. B.	zum Beispiel
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZfA	Zeitschrift für Arbeitsrecht
ZfS	Zentralblatt für Sozialversicherung, Sozialhilfe und Versorgung. Zeitschrift für das Recht der Sozialen Sicherheit
ZfU	Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht
ZfW	Zeitschrift für Wasserrecht
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
zit.	zitiert (als)
ZKF	Zeitschrift für Kommunalfinanzen
ZLR	Zeitschrift für das gesamte Lebensmittelrecht

ZMR	Zeitschrift für Miet- und Raumrecht
ZNER	Zeitschrift für neues Energierecht
ZPO	Zivilprozessordnung idF. d. Art. 3 Abs. 3 G. v. 21. 12. 2007 (BGBl. I S. 3189)
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik (= Beilage zur NJW)
ZTR	Zeitschrift für Tarifrecht (ab 10. 1996: Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes)
zugl.	zugleich
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht
zust.	zustimmend(er)
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft



# Einleitung

## A. Die Verweisung als Mittel der Gesetzgebungstechnik<sup>1</sup>

Der menschliche Geist hat die Eigenart, schon Bekanntes zur Gewinnung neuer Erkenntnisse zu verwerten und auf verwandte Erkenntnisse zurückzugreifen. Darauf beruhen die Analogie, die Zitate in wissenschaftlichen Arbeiten und die Verweisungen als Mittel der Gesetzgebungstechnik<sup>2</sup>. So spielte die Verweisung bereits im 16. Jahrhundert eine große Rolle<sup>3</sup>, und in neuerer Zeit enthält das Bürgerliche Gesetzbuch über 1.700 Verweisungen<sup>4</sup>. Auch Verweisungen von Rechtsnormen auf private Normen sind nicht selten. Wohl die erste Verweisung dieser Art findet sich in der „Allgemeinen polizeilichen Bestimmungen über die Anlegung von Landdampfkesseln“ vom 17. 12. 1908<sup>5</sup>. Mittlerweile wird auf weit über 1.000 DIN-Normen in Rechts- und Verwaltungsvorschriften verwiesen<sup>6</sup>. Die Vor- und Nachteile der Verweisung fasst Winfried Brugger<sup>7</sup> prägnant zusammen:

„Für den Gesetzgeber wird es durch die Verweisung einfacher, für den Bürger schwieriger und für den Juristen interessanter“.

---

<sup>1</sup> Zu den Zusammenhängen zum philosophischen(-methodologischen) Verweisungsbe-  
griff siehe *Strangas*, I 4 (S. 171 f.).

<sup>2</sup> Ähnlich auch *Munzer*, S. 5.

<sup>3</sup> Vgl. die Beispiele bei *Brauneder*, in: Dölemeyer/Klippel, S. 108 (113 ff.).

<sup>4</sup> Nach der Auflistung in *BMJ*, Verweisungsregister BGB, wird in ca. 1.600 Normen  
auf Vorschriften im BGB und in ca. 125 Vorschriften auf Normen außerhalb des BGB  
verwiesen.

<sup>5</sup> RGBl. 1909, S. 3: „§ 2. Kesselwandungen.

1. Jeder Dampfkessel muß in Bezug auf Baustoff, Ausführung und Ausrüstung den  
anerkannten Regeln der Wissenschaft und Technik entsprechen. Als solche Regeln gelten  
bis auf weiteres die in den Anlagen I und III zusammengestellten Grundsätze, welche  
entsprechend den Bedürfnissen der Praxis und den Ergebnissen der Wissenschaft auf Antrag  
oder nach Anhörung einer durch Vereinbarung der verbündeten Regierungen anerkannten  
Sachverständigenkommission fortgebildet werden.“

<sup>6</sup> Angaben nach *Katzenberger*, DIN-Mitt. 64 (1985), S. 281 (282).

<sup>7</sup> *Brugger*, *VerwArch*. 78 (1987), S. 1 (7); auch wörtlich wiedergegeben bei: *Rönck*,  
S. 169; *Veit*, S. 36 (Fn. 81).

## B. Eingrenzung der Themenstellung

Hinter dem breiten Spektrum von Verweisungen verbergen sich unterschiedliche Motive, vielgestaltige Rechtsformen und demgemäß auch heterogene Rechtsprobleme<sup>8</sup>, so dass eine umfassende Behandlung den zur Verfügung stehenden Rahmen überschreiten würde. Hier werden nur Verweisungen auf abstrakt-generelle Regelungen behandelt. Beispiele dafür sind Normen von der Struktur wie § 276 Abs. 1 Satz 2 BGB („Die Vorschriften der §§ 827 und 828 finden entsprechende Anwendung.“). Diese Verweisungen lassen sich durch Wiederholung der abstrakt-generellen Regelungen ersetzen. Dagegen werden Bezugnahmen auf Einzelakte wie beispielsweise in § 327 Abs. 1 StGB („entgegen einer vollziehbaren Untersagung.“) nicht behandelt<sup>9</sup>, weil bei diesen Verknüpfungen die empirisch feststellbaren Tatsachen im Vordergrund stehen.

Ein europäischer Vergleich<sup>10</sup> war wegen der zu verschiedenen Rechtstraditionen nicht möglich. So finden sich im italienischen Recht praktisch keine Verweisungen auf Vorschriften privater Normungsverbände<sup>11</sup>; dagegen wird in Schweden relativ häufig pragmatisch auch mit globalen Verweisungen auf private Normen in der jeweiligen Fassung umgegangen<sup>12</sup>. Auch in Frankreich und Spanien – anders als in Großbritannien – werden solche Verweisungen offenbar für rechtlich unbedenklich erachtet<sup>13</sup>. Demgegenüber sind in Österreich nach einhelliger Ansicht nicht nur Verweisungen auf die jeweilige Fassung von Normen Privater, sondern auch von anderen staatlichen Normsetzern unzulässig<sup>14</sup>. Umstritten ist dort die Situation nur bei Verweisungen auf EG-Recht<sup>15</sup>. Etwas weniger kritisch wird die Verweisung in Deutschland und in der Schweiz<sup>16</sup> betrachtet. Die Erkenntnisse und Besonderheiten

<sup>8</sup> *Brugger*, *VerwArch.* 78 (1987), S. 1 (2).

<sup>9</sup> In diesem Sinne auch *Staats*, in: Rödiger, S. 244 (245), der die Bezugnahmen auf Einzelakte als der „echten“ Verweisung nicht vergleichbar bewertet.

<sup>10</sup> Auf europäischer Ebene gibt es im Bereich der technischen Normung zwei neuere Arbeiten (*Zubke-von Thüinen* und *Schepel/Falke*, Vol. 1 und 2), die auch Aspekte der Verweisung behandeln.

<sup>11</sup> Vgl. *Lukes*, EWG- und EFTA-Staaten, S. 176 ff.

<sup>12</sup> Vgl. *Lukes*, EWG- und EFTA-Staaten, S. 284 ff.

<sup>13</sup> *Marburger/Enders*, *JbUTR* 1994, S. 333 (362).

<sup>14</sup> So auch die Einschätzung von *Kindermann*, in: *Öhlinger*, S. 211 (231).

In diesem Sinne: VfGH, VfSlg. 12947/1991, S. 834 (866): „Der VfGH hat in ständiger Rechtsprechung (s. etwa VfSlg. 3149/1957, 6290/1970, 7085/1973, 7241/1973, 10311/1984) zwar dynamische Verweisungen auf Normen eines anderen Rechtsetzungsorganes als verfassungswidrig erachtet, dynamische Verweisungen auf Normen desselben Rechtsetzungsorganes jedoch als (grundsätzlich) verfassungsrechtlich zulässig angesehen (zB VfSlg. 10514/1985)“; *Koja*, *ÖJZ* 1979, S. 29 (33 ff.); *Thienel*, *Verweisungen*, S. 69 ff.

<sup>15</sup> Vgl. VfGH, VfSlg. 17479/2005, S. 225 (227 ff.) (Zulässigkeit einer Verweisung zur Sanktionierung von Verstößen gegen Gemeinschaftsrecht); *Eisenberger/Urbantschitsch*, *ÖZW* 1999, S. 74 ff.; *Irresberger*, in: *Bußjäger/Kleiser*, S. 115 (123 ff.); *Kert*, *JBl.* 1999, S. 87 (98 ff.); *Öhlinger/Potacs*, S. 105.

aus anderen (Bundes-)<sup>17</sup> Ländern wurden dementsprechend nur als Denkanstöße berücksichtigt.

Innerstaatlich werden Verweisungen in Verwaltungsvorschriften – ungeachtet der normativen Qualität – nicht behandelt<sup>18</sup>. Das Gewicht wird auf Verweisungen in Gesetzen gelegt. Besonderheiten aus dem Arbeits-<sup>19</sup> und Strafrecht<sup>20</sup> werden nur angedeutet; ganz ausgeklammert wird ein „tripolares Beziehungsgeflecht“<sup>21</sup> im Sozialrecht<sup>22</sup>.

## C. Überblick über Problemstand und Gang der Untersuchung

Zunächst werden im 1. Teil einige grundlegende Fragen – vor allem im Hinblick auf eine einheitliche Terminologie – erörtert.

Im 2. Teil werden die Grenzen der Verweisung untersucht. Solche sind im Grundgesetz nicht ausdrücklich genannt. Dementsprechend wurde – von wenigen Ausnahmen<sup>23</sup> abgesehen – der Verweisung ursprünglich als „bloß formaler Gesetzgebungstechnik“ keine verfassungsrechtliche Bedeutung<sup>24</sup> zugemessen<sup>25</sup>.

---

<sup>16</sup> Für eine weitgehende Übereinstimmung der Situation in den beiden Ländern: *Brunner*, S. 87 (terminologisch), S. 99 (verfassungsrechtliche Bedenken). Nach *Brunner*, S. 107, bestehen allerdings Unterschiede bei der Verweisung auf Normen Privater, weil die Normungsorganisationen anders strukturiert sind.

<sup>17</sup> Dies gilt auch für die zum Teil sehr erheblichen Unterschiede in den Bundesländern. Wendet man die landesverfassungsrechtlichen Ermächtigungsvorschriften (z. B. Art. 107 Verf. HE) auf die Verweisung (analog) an, dann wären Verweisungen in weiten Umfang zulässig.

<sup>18</sup> Dazu: *Lübbe-Wolff*, in: Hoffmann-Riem/Schmidt-Aßmann, S. 87 (97–99); *Marburger*, Habil., S. 414–426; *ders.*, in: Müller-Graf, S. 27 (46–53); *ders./M. Klein*, JbUTR 2001, S. 161 (170–172); *Mohr*, S. 59–67; *Schwierz*, S. 95 ff., dessen Ergebnis aber nicht voll überzeugt.

<sup>19</sup> Siehe dazu insbes. *Moritz* und *Reinermann*, sowie: *Clemens*, AöR 111 (1986), S. 63 (114–118); *Scholz*, in: FS Gerhard Müller, S. 509 (528–536).

<sup>20</sup> Die umfangreiche strafrechtliche Literatur zur Irrtumsdogmatik und zu Art. 103 Abs. 2, 104 Abs. 1 Satz 1 GG wurde nur teilweise ausgewertet. Vgl. zu diesem Problemkomplex vor allem die Arbeiten von *Enderle*, v. d. *Heide*, *Krey*, *Lauer*, *Moll*, *Müller-Magdeburg*, *Schnell*, *Veit* und *Warda*.

<sup>21</sup> Begriff nach *Schnapp*, in: FS Krasney, S. 437 (445), von *Axer*, S. 381, übernommen. Beschreiben lässt sich das Phänomen damit, dass der Gesetzgeber Selbstverwaltungskörperschaften verpflichtet, Regelungen eines Ausschusses in die Satzung zu übernehmen.

<sup>22</sup> Wie eine Verweisung behandelnd: *Brugger*, VerwArch. 78 (1987), S. 1 (36 f.); v. *Zeitzschwitz*, in: Freundesgabe Söllner, S. 645 (654 f.).

Die Besonderheiten betonend: *Axer*, S. 381 f.; *Ossenbühl*, NZS 1997, S. 497 (498).